

Putzen, pflegen, betreuen

berner beratungsstelle für sans-papiers das bulletin



Lehr-Stellen

Deutschland ist unkompliziert. Wer aus der Schweiz in dieses Land eingewandert ist, erlebt eine offene und hilfsbereite Verwaltung, der man nicht dauernd Dutzende von Papieren vorlegen muss. Doch manchmal bin ich auch hier «sans papiers». Etwa, wenn in Läden oder Restaurants die in der Schweiz bezogene Maestro-Karte nicht geht. Oder damals, als ich auf dem Zivilstandsamt kein offizielles Papier beibringen konnte, das nachwies, wie meine Mutter als ledige Frau hiess. Da half schliesslich als Rettung in der Not nur eine eidesstattliche Erklärung gegen eine Gebühr von 17 €. In solchen Momenten merkt man, wie schicksalsentscheidend Papiere sein können. Es sind Lehr-Stellen. Dann wird auch bewusst, wie es Menschen gehen kann, die «sans papiers» sind. Darum kann der mit 93:85 Stimmen knappe Entscheid des Nationalrates, Jugendliche, deren Eltern Sans-Papiers sind, zu einer Lehre zuzulassen, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Stadt Lausanne ging, illegal zwar, aber umso mutiger, mit dem Beispiel voran, jungen «sans-papiers» gleich in der Stadtverwaltung Lehrstellen anzubieten. Es ist zu hoffen, dass auch der Ständerat der Motion des christlichdemokratischen Genfer Weinbauern Luc Barthassat zustimmt. Die Voraussetzungen sind günstig. Im Nationalrat stimmten SP und Grüne zu 100%, FDP-Liberale zu 56%, CVP, EVP und Grünliberale zu 50% und BDP zu 75% zu. Auf den Ständerat übertragen, ergäbe das 26 von 46 Stimmen, und das würde reichen. Und die Lausanner Lehrstellen würden landesweit möglich – und legal.

Roger Blum



Señora Hanna ist mein Engel

Frau Sonja sagt von sich, sie sei Telepathin. Bei ihr arbeite ich sechs Stunden pro Woche. Bei Frau Doris bin ich vier Stunden, sie ist pensioniert und war früher Sekretärin und Bibliothekarin. Herr Fritz ist Architekt, ich weiss nicht, weshalb er mir beim Erzählen zuerst in den Sinn kommt, obschon ich im Haushalt vor allem mit seiner Frau zu tun habe. Und Frau Hanna ist mein Engel. Ihr habe ich es zu verdanken, dass ich mich in diesem Land zurechtfinden konnte. Ich kam in ihr Haus von meinem Cousin aus. Dieser holte mich 2001 in die Schweiz, weil sie ein Bébé bekamen und jemand brauchten, die am Tag zum Kinolein schaute. Eine schwierige Zeit. Ich war erst neunzehnjährig und fast ganz von meinem Cousin abhängig, schlecht bezahlt, 100 Franken in der Woche oder auch gar nicht. Ich war immer zuhause, kannte kaum Leute, sprach kein Deutsch.

Vom Cousin kam ich dann auf Umwegen zu Señora Hanna. Auch jetzt, wo ich in meiner eigenen kleinen Wohnung lebe, schaut sie noch immer zu mir wie zu einer Tochter. Sie holte mich vor bald fünf Jahren aus Honduras zurück zu sich. Es ging mir damals schlecht, weil ich nichts für meine Mutter und meine vier Geschwister tun konnte. Ich hatte die Schweiz aufgegeben und machte Pläne

für Kanada. Da kam der Brief von ihr mit dem Flugticket. Wieder bei ihr, drängte sie mich, Deutsch zu lernen, und schickte mich wegen der Krankenkasse zur Beratungsstelle. Arbeit zu finden war damals nicht schwer. Eine empfahl mich der anderen weiter. Jetzt arbeite ich in zwölf Haushalten an sechs Tagen, zu 30 Franken in der Stunde, das ist viel, normal sind 25 Franken. Endlich kann ich meine Familie unterstützen. Monatlich zahle ich 600 Franken an den Baukredit. Ich habe nämlich im Dorf in Honduras ein Haus gekauft, da wohnt nun meine Mutter mit der kleinsten Schwester. Noch neun Monate und das Haus gehört mir. Der Mutter überweise ich monatlich 400 Franken. Ich mache gerne Hausarbeit. Für die pensionierten Frauen bin ich sogar eine Art Gesellschafterin. Manchmal behandelt man mich ein wenig kalt, aus Distanz. Ich



Sans papiers,
Sans visage,
mais une identité!

merke, dass ich mich weniger anstrengte, wenn ich Geringerschätzung spüre. Mir geht es jetzt gut. Ich kann etwas für meine Familie tun. Natürlich habe ich Wünsche: die Aufenthaltsbewilligung, eine Lehre machen. Dann würde ich selbstverständlich auch AHV, Pensionskasse und Steuern bezahlen. Zurzeit riskiere ich das nicht. Aber Angst, dass mich die Fremdenpolizei erwischt, habe ich keine. Du musst nur keine krummen Touren machen.

Ibeth (aufgezeichnet von
Jacob Schädelin)



ene
mene
meck,
und Du
bist
weg!

zu den Abbildungen: s. Seite 3

Haushalten und sich einmischen

Dienstag ist mein Wasch- und Putztag, da tauche ich ein in die Lebenswelt der Sans-Papiers-Frauen, derer, die ich an den übrigen Wochentagen berate. Anders als ich sind sie fast so unsichtbar wie die Arbeit, die sie leisten.

In einem Dutzend Haushalten haben sie das Vertrauen der Arbeitgeber gewonnen, leisten ihre Arbeit in einem sehr intimen Rahmen. Oft haben sie einen Schlüssel zur Wohnung, sind dort, wenn der Hausherr weg ist und sind verschwunden, wenn er wieder zuhause ist. Der Stundenlohn entspricht oft den offiziellen Richtlinien. Manchmal werden auch Versicherungsbeiträge eingezahlt. Weil ihre Arbeit geschätzt wird, werden die Frauen oft weiterempfohlen. So können sie ihre Existenz sichern. Sie nehmen aber lange Arbeitswege auf sich, dreiviertel Stunden hin für drei Stunden Hausarbeit, eine Stunde weiter zum nächsten Haushalt für die nächsten zwei Stunden bezahlter Reinigungsarbeit – und dies an sicher sechs Tagen pro Woche.

So kommen sie manchmal auf ein Einkommen, das etwa der Hälfte der von den Gewerkschaften empfohlenen Fr. 3000.– entspricht. Mit der Stärke der Schweizer Währung ist es manchen möglich, auch bei einem solch kleinen Einkommen etwas in ins Herkunftsland zurück zu schicken und die Ausbildung der Kinder oder die Raten für einen Hausbau zu bezahlen.

Ich wünsche mir, dass die zuständigen Behörden es möglich machen, dass jene Frauen, die seit fast einem Jahrzehnt in dieser Situation hier unter uns leben, ohne dass wir etwas davon merken, ihren Aufenthalt hier regeln können. Diese Frauen sind mit Herz und Blut Hiesige, interessieren sich fürs politische Geschehen, und dies über Jahre hin.

Marianne Kilchenmann
Stellenleiterin



Und oft sind es Sans-Papiers-Frauen

Meine Mutter, geboren 1903, hat als junge Frau in Le Locle als Dienstmädchen gearbeitet. Sie pflegte zu sagen, dass das ihr bestes Jahr gewesen sei. Sie habe damals nämlich einen Tag pro Woche freigeht, das sei vorher und nachher nie mehr der Fall gewesen. Sie träumte davon, als Dienstmädchen nach London zu gehen oder Krankenpflegerin zu werden.

Zwischen 1850 und 1950 hat in England die Hälfte der weiblichen erwerbstätigen Bevölkerung ihr Einkommen in dem riesigen Wirtschaftsbereich verdient, den wir heute Sorge- und Versorgungswirtschaft (oder auch Care-Ökonomie) nennen: als Dienstmädchen, Pflegerinnen, Köchinnen oder auch als Vermieterinnen von Zimmern an Wanderarbeiter und Pendlervom Land. In den 1850er Jahren waren zwei Drittel der Dienstmädchen in England Töchter von Landarbeiterinnen.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Zahl des Dienstpersonals in England sehr stark ab. Dank der Erfindung neuer Haushaltgeräte und höherer Löhne für Arbeiter wurde dies möglich. Nur noch Reiche leisteten sich Dienstmädchen. Die Haus-, Kinderbetreuungs- und Krankenpflegearbeit wurde nun

vorwiegend unbezahlt im Rahmen der Kernfamilie von Müttern, Ehefrauen, Töchtern und Schwiegertöchtern verrichtet. Inzwischen scheint die Zahl der Erwerbstätigen in haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistungsbranchen zuzunehmen. Die meisten von ihnen sind nun nicht mehr Hausangestellte in einem einzigen Haushalt, sondern verrichten die verschiedensten Arbeiten: als Putzfrauen, Tagesmütter, als PizzakurierInnen, als Gemüse- und Salatrüsterinnen, als VerkäuferInnen im Schnellimbiss, als Cateringangestellte oder als PächterInnen von Quartierläden, welche am Samstag bis abends um acht oder noch länger geöffnet sind und am Sonntag auch. Nebst der traditionellerweise schlecht bezahlten, als unqualifiziert betrachteten Arbeit, die es schon immer im Gastgewerbe, im Detailhandel, in einem Pflegeheim oder je nach Saison in Bauernbetrieben gegeben hat, scheint so ein neuer Arbeitsmarkt für Working Poor zu entstehen – wie gewohnt vor allem für Frauen und MigrantInnen. Eine internationale Studie hat gezeigt, dass, wenn die Hauspflege nicht genügend von Krankenkassen und öffentlichen Leistungen versichert ist, dies die Entstehung eines Arbeitsmarktes für Migrantinnen ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis fördert. Genau das ist gegenwärtig

in der Schweiz der Fall. Es ist das Verdienst der neuen Frauenbewegung, nebst der Frage der Rechtlosigkeit und der wirtschaftlichen und sozialen Diskriminierung der Frauen, neu die vorwiegend unbezahlten oder schlecht bezahlten Sorge- und Versorgungsarbeiten thematisiert zu haben. Der entscheidende Punkt dabei liegt in der Einsicht, dass es einerseits sehr wichtig ist, sich für eine anständige Bezahlung jeglicher Erwerbsarbeit einzusetzen. Andererseits ist damit aber die Frage nicht geklärt, wie unsere Gesellschaft die für alle Menschen unentbehrlichen Sorge- und Versorgungsarbeiten gerecht und ohne Diskriminierung, Entrechtung und schlechte Behandlung ganzer Bevölkerungsgruppen organisiert – anders also als jetzt und in den letzten Jahrhunderten!

Das Thema ist brisant – und wird trotzdem (oder deswegen?) immer wieder aus der öffentlichen Diskussion verdrängt.

Mascha Madörin

Impressum

bulletin der berner beratungsstelle für sans-papiers Nr. 6 (2010)

Hrsg.: Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers, Eigerplatz 5, 3007 Bern, Tel. 031 385 18 27, beratung@sans-papiers-contact.ch, www.sans-papiers-contact.ch, Spenden: PC 30-586909-1

Redaktion: Benz H.R. Schär; Abbildungen: Wettbewerb «Kein Kind ist illegal» (Details s. S. 3) – Layout: Janique Mueller
Druck: Stämpfli Publikationen AG, Bern, Auflage: 1800



Eine Polin oder eine Russin?

«Haben Sie eine Polin oder eine Russin?» In deutschen Städten habe ich nicht selten diese Frage gehört. Wer hochbetagt, pflegebedürftig und vielfach eingeschränkt ist, aber nicht unbedingt in ein Alters- oder Pflegeheim gehen muss, kann in aller Regel keine Ganztagspflege durch einheimische Fachkräfte bezahlen, ohne in kürzester Zeit alle Ersparnisse verbraucht zu haben. Als mein Vater – sehr krank (Lungentumor), geistig wach, ans Haus gebunden, tagsüber von einem ambulanten Pflegedienst betreut, aber nachts oft unruhig und gefährdet, mit freundlichen, sehr hilfsbereiten Nachbarn nebenan – nicht mehr allein in seiner Wohnung in einer norddeutschen Grossstadt sein konnte, machte mich der Hausarzt auf die Möglichkeit einer Hilfe aus dem ehemaligen «Ostblock» aufmerksam.

In einem Nachbarort lebte eine Frau, die schon mehrfach derar-

tige Kontakte und Personen vermittelt hatte. Diese Vermittlerin suchte ich in ihrem Haus auf; sie selbst stellte sich meinem Vater vor. Sie machte einen guten, zuverlässigen Eindruck. Alternativen waren nicht in Sicht. Die Wohnung war gross genug, so dass eine fremde Person dort auch leben konnte. Den vereinbarten Lohn sollte mein Vater direkt an die Vermittlerin überweisen. Sie versicherte, sich um die erforderlichen Visa zu kümmern, alle Behördensachen zu erledigen und die Hilfe monatlich zu entlohnen. Bei Problemen sollte man sie anrufen. Ein schriftlicher Vertrag wurde nicht aufgesetzt. Weiter gehende Fragen stellten wir nicht.

Die Betreuung hatte ihre guten und weniger guten Seiten. Schwerkranke Menschen sind nicht (viel) wunderlicher als gesunde, aber sie leiden und verändern sich darunter. Eine fremde Person in der vertrauten Wohnung – daran muss man sich erst einmal gewöhnen. Die Hilfe hatte ihre eigenen Vorstellungen von richtiger Ernährung, Pflege und Lebensstil, aber die Arrangements waren einigermassen belastbar. Von Zeit zu Zeit reiste Ludmilla nach Polen, um nach ihrem erwachsenen Sohn zu sehen, den sie noch finanziell unterstützte und der ihr Sorgen machte.

Eines Tages erhielt ich einen Anruf, ich müsse sofort kommen:

Ludmilla habe Streit mit der Vermittlerin. Sie hatte wohl erfahren, welchen stattlichen Betrag mein Vater monatlich überwies und herausgefunden, dass sie die hohe Vermittlungsgebühr am besten gleich selbst behalten könnte. Über die Höhe dieses Betrages habe ich nie Klarheit gewinnen können.

Die Vermittlerin drohte, Ludmillas Aufenthaltserlaubnis zu beenden. Das war angesichts nicht vorhandener schriftlicher Abmachungen und legaler Visa nicht möglich. Es kam zu einer schwierigen Aussprache in grösserer Runde mit dem Ergebnis, dass Ludmilla in eigener Verantwortung die Pflege weiter führte. Als der Übergang meines Vaters in eine Pflegestation dann doch unvermeidlich wurde, suchte Ludmilla eine neue Stelle. Sie reiste jedoch bald nach Polen zurück. Dort war sie postalisch nicht mehr erreichbar.

Wolfgang Lienemann



Die **Ausstellung «Kein Kind ist illegal»** ist (nach Bern) auch in Biel zu sehen, vom 6.–27. Juni in der Pasquart-Kirche, Seevorstadt 99a; geöffnet mittwochs, samstags und sonntags von 14.00 bis 17.00 Uhr. Informationen zu den verschiedenen Begleitveranstaltungen unter www.sans-papiers-contact.ch

Die Bilder dieses Hefts stammen aus den Arbeiten dieser Ausstellung. Wir danken für die Erlaubnis, sie hier wiederzugeben. Legende: Zu Seite 1: Karen Schmidt, Plakat «ene-mene-meck»; Michael Alloca, Plakat «sans visage» (Ausschnitt) 1. Platz, Kategorie Erwachsene Seite 2 und 3: Vier Kinderzeichnungen: Selena Cortes, «Pourquoi devons-nous nous cacher?» (2. Platz, Kat. Kinder/Jugend); Yacine Bennafla, «La vie n'est pas une partie de cache-cache» (1. Platz, Kat. Kinder und Jugend); Jacqueline Meyer, «Die Angst» (2. Platz); Johanne Bezençon, «Les peurs d'un enfant» – Plakate: Tatjana Erpen, «Ohne Titel»; Grégoire Murith «il-égal» Seite 4: Andreas Stettler, Plakat «Box» (Ausschnitt), 2. Platz, Kat. Erwachsene

Am 2. Juni wurde in Bern das **Manifest «Kein Kind ist illegal»** an die Bundesrätinnen Widmer-Schlumpf und Leuthard übergeben.

Die Unterzeichnenden – über 10000 Einzelpersonen und 81 Organisationen im Kollektiv – verlangen die umfassende Umsetzung des Rechtes auf Bildung für Kinder von Sans-Papiers und vereinfachte Möglichkeiten, eine Aufenthaltsbewilligung zu bekommen.

Ab August wird wiederum eine **Praktikantin** auf der Beratungsstelle mitarbeiten (bis Februar 2011). Frau **Mirjam Martig** studiert Soziale Arbeit an der Fachhochschule Bern.

Die **Zeitschrift «Neue Wege»** bringt immer wieder Beiträge zur **Situation von MigrantInnen**. Nr. 5/2010: Anni Lanz, «Nur im Gefängnis sind sie legal»; Thomas Schaffroth, «Hartes Vorgehen im Sarkozy-Land gegen Papierlose»; Monika Stocker und Ruth-Gaby Vermot, «Im Widerstreit mit dem Ausländer- und Asylrecht» Nr. 11/2009: Anni Lanz, «Finanzkrise und Frauenmigration» (Zur Care-Ökonomie) Kontakt: info@neuewege.ch oder www.neuewege.ch

Menschen wie Helena

Nach dem Tod seiner Ehefrau entscheidet sich Walter B. bewusst, eine Frau, die keine Möglichkeit hat, legal in der Schweiz zu arbeiten, für die Haushaltarbeiten anzustellen. Ein richtiger Entscheid?

Nachdem Walters Frau früh verstorben ist, sucht er für sich eine Person, die ihm den Haushalt erledigen kann. Er kennt Helena persönlich und weiss auch um deren Schicksal.

Sie hat schon mehrere Jahre ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz gelebt und sich ihre Existenz durch verschiedene Putzaufträge in Privathaushalten gesichert. Ihre bisherigen Arbeitgeber haben dafür gesorgt, dass sie sowohl gegen Krankheit als auch gegen Unfall versichert ist. Die Sozialversicherungsabgaben sind dank der Beratung durch die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers ebenfalls geregelt. In einem ersten Schritt erkundigt sich Walter B., ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, den Aufenthalt von Helena zu regularisieren.

Sie ist ja nie negativ aufgefallen und ihre Arbeitgeber sind mit ihr stets zufrieden gewesen. Aber, so wird Walter erklärt, in ihrer Heimat ist Helena nicht persönlich bedroht; sie kommt auch nicht aus einem EU-Land, was eine Bewilligung sehr vereinfachen würde; ausserdem sind ihre Fähigkeiten nicht exklusiv und ihre Arbeit könnte ohne weiteres auch durch jemand anderes getan werden. So ist denn die Legalisierung von Helenas Aufenthalt praktisch unmöglich. Helena will allerdings unbedingt in der Schweiz bleiben und hat dafür auch zwingende Gründe. Von ihrem Arzt hat sie erfahren, sie habe Brustkrebs. In der Schweiz ist sie versichert und kann sich behandeln lassen. In ihrer Heimat gibt es dazu keine

Möglichkeit. Eine Krankenversicherung, der sie beitreten könnte, existiert nicht. Hier zu bleiben, ist für Helena daher eine existentielle Notwendigkeit. Walter weiss dies und entscheidet sich, Helena anzustellen, obwohl er sich dadurch im Sinne unseres Gesetzes strafbar macht. Wenigstens kann er in einem Einzelfall helfen, ein Schicksal positiv zu beeinflussen.

Mittlerweile hat Walter eine neue Partnerin gefunden und wird bald mit ihr zusammenziehen. Dann wird er die Dienste von Helena nicht mehr brauchen. Die Zeit mit ihr hat er aber sehr positiv erlebt. Er fühlt sich auch mitverantwortlich für ihre Zukunft. So ist es ihm gelungen, für sie bei einer andern Familie eine neue Stelle mit guten Arbeitsbedingungen zu finden.

Ende gut, alles gut? Nicht ganz. Die Situation Helenas bleibt instabil, denn sie wird ihren Aufenthalt auch in Zukunft kaum regularisieren können. Überdies ist sie kein Einzelfall. Weshalb um Gottes Willen sollen integrierte, unabhängige Menschen, die ihre Selbständigkeit über Jahre bewiesen haben, von Gesetzes wegen keine Chance erhalten, legal hier zu leben?

*Barbara von Escher
(nach Angaben von
M. Kilchenmann)*

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat den **Bericht zum Postulat von Grossrätin Corinne Schärer veröffentlicht**. Das Postulat verlangt, die Möglichkeiten zu prüfen, damit **jugendliche Sans-Papiers nach der obligatorischen Schulzeit eine berufliche Ausbildung absolvieren** können. Der Regierungsrat führt aus, dass die Frage zu prüfen sei, «ob beim Abschluss eines Lehrvertrags die Ausbildung oder die Erwerbstätigkeit im Vordergrund steht und somit, ob es sich bei der beruflichen Lehre um eine «normale» Erwerbstätigkeit handelt, welche die erforderliche Aufenthaltsbewilligung voraussetzt». Er weist auf die «Ungleichbehandlung der vollschulischen Ausbildung und der dualen Lehre» hin und will «in Abhängigkeit der Entwicklungen auf eidgenössischer Ebene entscheiden, ob und in welchen Gremien eine Intervention auf Bundesebene angebracht und erfolgversprechend ist.» (vgl. dazu auch das Heft-Editorial, S. 1.)

Heiraten ist immer noch ein sehr **dornenvolles Thema**. Ab nächstem Jahr soll aufgrund einer Gesetzesänderung die Eheschliessung ohne Aufenthaltsbewilligung unmöglich sein. Der Vorstand ist der Meinung, dass das Grundrecht auf Ehe nur eingeschränkt werden darf, wenn die Einschränkung verhältnismässig ist. Im Ehevorbereitungsverfahren – so die Erwartung des Vorstandes an die zuständigen Behörden – muss die Verhältnismässigkeit der Einschränkung seriös geprüft werden.

Am 26. Juni findet in Bern die **gesamtschweizerische Demo zur Migrationspolitik** statt: «Freiheit. Gleichheit. Würde. Für mich und dich», 14.30 Uhr, Waisenhausplatz. Abschlusskundgebung auf dem Bundesplatz. Der Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers gehört zu den unterstützenden Organisationen.

Die **Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers** berät und informiert MigrantInnen, die in der Schweiz leben, ohne eine Aufenthaltsbewilligung zu besitzen. Zudem leistet sie Sensibilisierungs- und Informationsarbeit im Kanton Bern. Öffnungszeiten: Montag und Freitag 15–19 Uhr; übrige Zeit nach Vereinbarung

